

Replik auf den Bericht im Echo der Zeit vom 23.7. 2022

»Immer mehr Menschen wollen weg aus Kuba«

Christina Scheidegger von «Echo der Zeit» hat mit Dr. Günther Maihold von der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik (die u.a. auch die Bundesregierung und die Nato berät) ein Gespräch zur Situation in Kuba geführt. Im Zentrum stand die Auswanderung von Cubaner*innen und die Beweggründe dafür.

Dr. Günther Maihold hat im Gespräch einige Gründe genannt, die er als dafür verantwortlich hält.

So hat G. Maihold die sehr schwierige wirtschaftliche Situation erwähnt, die dazu führt, dass teilweise Grundnahrungsmittel, Medikamente und Dinge des alltäglichen Bedarfs fehlen. Das ist leider tatsächlich eine Realität und macht das Leben der Cubaner*innen sehr schwierig. Viele jüngere Leute haben daher tatsächlich das Land, wenigstens für einige Zeit, verlassen, um woanders mehr verdienen zu können.

G. Maihold nennt im Gespräch Devisenmangel und Energieschwierigkeiten und meint dazu lapidar: «...*die kubanische Ökonomie ...traditionell unterversorgt mit Lebensmitteln, Medikamenten, strategischen Gütern...*» und fährt im Plauderton fort von Problemen zu sprechen, «*die Cuba schon immer mit sich rumschleppt...*»

Die Monroe-Doktrin: Der Griff der USA nach Cuba, Mittel- und ganz Lateinamerika

Es braucht schon einen abgebrühten Zynismus, um die wirtschaftliche Situation Cubas nach 60 Jahren US-Blockade so einseitig wie von G. Maihold in der Sendung von «Echo der Zeit» zu erklären. Meint er mit «traditionell» vielleicht die Tradition der USA, Mittelamerika – und nach Bedarf ganz Lateinamerika – als ihren «Hinterhof», ihren Besitz zu betrachten (Monroe-Doktrin, 1823). Wo man mit militärischen Interventionen und offen militärischen Kriegen (1898 Cuba und Puerto Rico, 1909 Nicaragua, 1954 Guatemala, 1973 Chile, 1983 Grenada, um nur einige wenige zu nennen) beliebig besetzen, politisch kontrollieren (Platt-Amendment, 1903) und für US-Konzerne zur Ausbeutung freigeben kann. Und mit «*die Cuba schon immer mit sich rumschleppt...*» kann ja nur die US-Blockade, vielleicht aber auch die längere Geschichte der US-Besitznahme und Ausbeutung Cubas gemeint sein. Mit einem Wirtschaftskrieg ohnegleichen, führt jede US-Regierung die Politik des Platt-Amendment gegen

Cuba weiter, weil sich die cubanische Bevölkerung einfach nicht unterwerfen lassen will und kämpferisch und «leidensfähig» jedem US-Druck widersteht.

G. Maihold nennt diesen brutalen Wirtschaftskrieg gegen Cuba - in manchen Medien manchmal beschönigend «Embargo» genannt - im ganzen Gespräch jedoch mit keinem einzigen Wort!

Dazu hat jedoch die US-amerikanische Regierung schon 1960 – gut ein Jahr nach der siegreichen cubanischen Revolution – in einem Memorandum von Staatssekretär Lester Malory zu ihren Zielen gegenüber Cuba offen und klar festgehalten: «.....*Das einzige absehbare Mittel, um ihre (d.h. der Revolution, Anm. G.H.) interne Unterstützung zu nehmen, ist mittels Enttäuschung und wirtschaftlicher Unzufriedenheit und Not, das Wirtschaftsleben schwächen, indem Kuba Geld und Lieferungen verwehrt werden, mit dem Ziel, die Nominal- und Reallöhne zu reduzieren, Hunger, Verzweiflung und den Sturz der Regierung zu bewirken*».

Ein Skandal erster Güte, verbietet doch die UN-Charta jede militärische und politische Einmischung in ein anderes Land! Für die USA gilt dies offenbar nicht, ist doch Cuba ja praktisch «traditionell» ihr Besitz, und teilweise noch heute militärisch besetzt (die Bahía de Guantánamo im Osten der Insel!).

Die Verschärfung des Wirtschaftskrieges gegen Cuba

Die USA erreichten ihr angestrebtes - und völkerrechtswidriges - Ziel jedoch nicht, weil sich die Cubaner*innen - «leidensfähig» - nicht unterwerfen wollen. Daher wurde 1992 die US-Blockade durch den *Cuban Democracy Act (Torricelli Act)* verschärft und 1996 durch den als *Helms-Burton-Act* bekannten *Cuban Liberty and Democracy Solidarity Act* (Gesetz über die Solidarität zu Freiheit und Demokratie in Cuba) nochmals erheblich verschärft. Letzteres Gesetz bestraft ausländische Unternehmen, die Geschäfte mit Cuba machen, indem ihnen verboten wird, in den USA zu handeln und geschäftlich tätig zu sein. Begründung für diese Restriktionen waren, dass diese Unternehmen Handel mit gestohlenem US-Eigentum treiben würden und deshalb vom US-Handel ausgeschlossen werden sollten.

Die EU lehnt dieses Gesetz zwar ab, da ihrer Meinung nach die USA anderen Nationen diktierten, wie sie Handel treiben sollten, und wollte das Gesetz anfechten. Letztlich wurde die Anfechtung jedoch zugunsten von Verhandlungen aufgegeben. Man könnte auch sagen, die Blockade wird stillschweigend akzeptiert. Die CH-Banken unterwerfen sich ebenso freiwillig und sehr

weitgehend der US-Gesetzgebung, die Schweizer Politik reagiert in keiner Weise auf diesen Souveränitätsverlust!

Dazu einige konkrete Beispiele:

- Durch die Aktivierung des sogenannten Abschnitts III des Helms-Burton-Gesetzes können US-Bürger*innen vor US-Gerichten auch gegen Unternehmen und Institutionen aus Drittländern klagen, wenn diese cubanisches Eigentum nutzen, das nach der Revolution 1959 enteignet wurde. Das richtet sich de facto gegen alle Cubaner*innen und alle Einrichtungen der Insel. Betroffen sein können Dorfschulen, die auf Flächen errichtet wurden, die einst Großgrundbesitzern gehörten. Oder Hotels, die einst Teil des Imperiums der US-Mafia waren.
- Der Onlinekonzern Amazon wurde verklagt, weil er cubanische Holzkohle verkaufte.
- Das US-Tourismusunternehmen Mariott International muss Cuba verlassen.
- Es werden **Strafen für Reedereien verhängt, die Erdöl aus Venezuela nach Kuba transportieren**; hinzu kommen weitere Maßnahmen, die den Handel zwischen Cuba und Venezuela unterbinden sollen.

Die Schweizer Banken als Teil der US-Blockade und damit Teil des Wirtschaftskrieges gegen Cuba

Im wichtigen Finanzsektor kommt es zu weiteren Eskalationen:

- Geldsendungen mit Western Union nach Cuba werden verboten!
- Diverse europäische Geldinstitute lassen die Hände vom Geschäft mit Cuba. Schon seit Jahren halten sich in der Schweiz die Grossbanken UBS und Crédit Suisse, aber auch ZKB, BKB, Post Finance, Raiffeisen u.a. ausschliesslich an US-Order als an die nationale Gesetzgebung und tragen die Blockade somit voll mit. Ich möchte nochmals betonen: Eine nach UNO-Grundsätzen illegale, völkerrechtswidrige Blockade! Neuerdings erreicht der erpresserische Druck des US-Imperiums sogar Geldinstitute, die man unter staatlicher Aufsicht wähnt: Kantonalbanken und Post Finance verweigern sogar in der Schweiz landesinterne Zahlungsaufträge, sobald „Kuba“ im System auftaucht; Begründung: *„Die Abwicklung von Zahlungen mit Bezug zu Kuba sind aufgrund des US-Sanktionsregimes grösstenteils nicht mehr möglich. Der Konzern hat sich deshalb entschieden, keine Zahlungen mit Bezug zu Kuba mehr auszuführen.“*
Ein Skandal!!!

In der Schweiz wurde am 9. März 2021 die Petition «Unblock Cuba» behandelt und mit einer Mehrheit angenommen, in dieser steht: «.....damit eine der ärmsten Bevölkerung auf diesem Planeten von den jahrzehntelangen Fesseln der notbringenden Wirtschaftsblockade befreit werden kann.»

Dazu sagt der Parlamentarier Hans-Peter Portmann (FDP): *Die Petenten fordern, dass sich die Eidgenossenschaft dafür einsetzt, dass Zahlungen nach Kuba, sei es für Privatpersonen oder für Organisationen, wieder ermöglicht werden und dass man sich gegen die Blockade durch die Vereinigten Staaten wehrt. Sie fordern ebenfalls, dass wir uns aktiv in der UNO-Vollversammlung dafür einsetzen, dass diese Blockade, die seit 1962 besteht, endlich aufgehoben wird. Die UNO-Vollversammlung hat diese Blockade schon mehrmals als nicht rechtmässig und als verwerflich verurteilt.*

Keine Objektivität, jedoch Irreführung im Bericht von «Echo der Zeit»

Es wäre in der Sendung von «Echo der Zeit» also notwendig gewesen, objektiv zu benennen, was denn Hauptgründe sind, die zu dieser Wirtschaftskrise geführt haben. Wieso erwähnten weder C. Scheidegger noch G. Maihold diese illegale, völkerrechtswidrige US-Wirtschafts-, Finanz- und Handelsblockade, die seit über 60 Jahren gegen Kuba besteht, mit keinem einzigen Wort? Sogar im Parlamentstext des Schweizer Parlaments zur am 9.3.2021 angenommenen Petition «Unblock Cuba» wird die US-Blockade als Grund der schwierigen wirtschaftlichen Situation in Kuba anerkannt.

Wieso erwähnen Scheidegger/Maihold dies sowie die stillschweigende Beteiligung der EU – inkl. Schweiz – am US-Wirtschaftskrieg nicht?

Stellen Sie sich eine solche Blockade nur für einen einzigen Monat in der Schweiz vor. Hier würde ALLES zusammenbrechen. Nur schon die unbestimmte Ahnung, dass es im Winter 2022 weniger Gas, bedingt durch den Krieg in der Ukraine haben KÖNNTE, löst in der Schweizer Bevölkerung grosse Ängste und Hamsterkäufe aus. Riesige, militante Verteilungskämpfe würden bei einem absoluten Stopp à la Blockade ausbrechen, das ist sicher.

Wie professionell irreführend das Gespräch mit G. Maihold war, zeigt beispielhaft auch seine Aussage zu den Erdöllieferungen aus Venezuela. Er sagt: «.... **die Zulieferungen (aus Venezuela) nachgelassen haben...**». Das stimmt zwar, aber was sind die hauptsächlichen Gründe? Indem G. Maihold dies unterschlägt, wird dies auf diese Weise wieder zu einer verzerrten und damit bewussten Falschaussage, denn die tatsächliche Realität ist eine andere: Reedereien, die Erdöl – auch von Venezuela - nach Cuba liefern

wollten, wurden mit hohen Bussen und der Androhung, dass diese Schiffe keine US-amerikanischen Häfen mehr anlaufen dürften, bestraft.

Es zeigt sich an unzähligen Beispielen (siehe oben), dass und wie die USA alles tun, um in Cuba Versorgungsengepässe zu provozieren.

Es ist schon fast arglistig, dass und wie sowohl C. Scheidegger und G. Maihold wichtige Informationen und Zusammenhänge unterschlagen und so ihr ganz eigenes Narrativ konstruieren.

Es stellt sich nun natürlich die wichtige Frage, weshalb es für den Bericht im «Echo der Zeit» wichtig war, diese grundlegenden Zusammenhänge und Tatsachen zu unterschlagen. Es passte offensichtlich nicht in Ihr Bild.

Dazu schreibt Prof. F. Cavalli, der seit vielen Jahren im medizinischen Bereich mit Cuba zusammenarbeitet: *«Es ist völlig unmöglich, über Kuba zu diskutieren, ohne die Wirtschaftsblockade zu thematisieren, mit der die USA seit mehr als 60 Jahren die Errungenschaften der kubanischen Revolution zu erwürgen versuchen. Dieser unerbittliche Wirtschaftskrieg, der jährlich von der UN-Generalversammlung fast einstimmig verurteilt wird, hat der karibischen Insel Schäden in der Höhe von Hunderten von Milliarden verursacht.»* (Franco Cavalli in «Schweizer Banken gegen Cuba – Chronik eines amtlich beglaubigten Skandals»)

Die «spontanen» Demonstrationen vom 11. Juli 2021

Prominent wurden von C. Scheidegger und G. Maihold auch die «grossen und spontanen» Demonstrationen vom 11. Juli 2021 und die folgenden «repressiven Massnahmen» erwähnt.

Wie auch Sie als Informationsprofis wissen sollten, waren diese Demonstrationen nur teilweise spontan, sondern auch vom Ausland gesteuert (siehe unten). Doch auch die cubanische Regierung nannte einige Gründe dafür als «verständlich» und reagierte keineswegs nur mit polizeilichen Massnahmen. So ging z.B. der cubanische Präsident Miguel Diaz-Canel unmittelbar nach Ausbruch der Demonstrationen nach Antonio de los Baños, um mit den Bürger*innen zu sprechen, sowie in einige Viertel in Havanna, wo es Demonstrationen gegeben hatte, sprach mit demonstrierenden Jugendlichen und stellte sich an etlichen Orten verschiedenen Diskussionen.

(Hat man den franz. Präsidenten einmal gesehen, dass er direkt mit «Gelbwesten»-Protestierenden diskutierte? Oder suchten bundesrätliche Regierungsmitglieder während der Jugendunruhen 1980 in Zürich und anderen Städten das direkte Gespräch mit den aufrührerischen Jugendlichen?)

Schon in den Tagen vor dem Sonntag 11. 7. 2021 wurde eine groß angelegte politische-mediale Operation von Miami aus durchgeführt: Eine gut koordinierte Truppe von Hassverbreitern, Bots und Trollen überschwemmten die sozialen Netzwerke mit heuchlerischen Hilferufen für Matanzas und generell Cuba (Matanzas wurde im Juli 2021 zu einem Epizentrum der Pandemie, wo die Situation der Covid-19 – Pandemie mit der Delta-Variante kurzzeitig ausser Kontrolle zu geraten schien). Gleichzeitig riefen sie nach einer verstärkten Blockade und sogar nach militärischer Invasion durch die USA!

- Konkret wurde von einem spanischen Analysten aufgedeckt, dass aus dem Ausland (von einer rechtsextremen Organisation in Argentinien sowie aus Miami) zeitgleich massiv über Online-Kanäle zu Aufruhr aufgerufen wurde. Dabei wurden auch viele Falschmeldungen verbreitet. Was nur bedeutet, dass viele Demonstrationen gesteuert wurden.
- Wurde von Demonstrant*innen massive Gewalt – auch gegen Menschen - angewendet. Dass dies nun strafrechtlich verfolgt wird, ist nachvollziehbar. Kennen Sie ein Land, wo das nicht so wäre? Und zum Vergleich: Seit Jahren wird in Grossbritannien ein Journalist - Julian Assange - in einem Hochsicherheitsgefängnis festgehalten, mit der Aussicht in die USA ausgeliefert zu werden, wo ihn weit über 100 Jahre Knast erwarten! Seine «Straftat»: Veröffentlichung von Kriegsverbrechen der USA. Dieselben USA, ihr Präsident Joe Biden, nannte Cuba nach den Demonstrationen am 11. Juli 2021 einen «Failed State». Purer Zynismus!

Es ist ebenso unwahr, dass laut G. Maihold nun einfach staatliche Repression die cubanische Bevölkerung in Schach halten – oder eben zur Auswanderung zwingen würde. Auch eine solche Aussage ist falsch und irreführend oder im Gesamtkontext sogar zynisch. Und richtig stupid ist die suggerierte Unterstellung von C. Scheidegger, die cubanische Regierung sei vielleicht sogar froh über die vielen Ausreisewilligen, damit sie so einen Druck gegenüber den USA erzeugen könnte. Kein «Argument» zu absurd, um nicht gegen die cubanische Regierung bemüht zu werden, kann man da nur sagen.

Cubas fortschrittliche Politik und deren Akzeptanz in der cubanischen Bevölkerung – aber nicht im «Echo der Zeit»

Die cubanische Regierung hat es u.a. geschafft, dank ihrer jahrzehntelangen Forschung und Praxis im Gesundheitsbereich, vier Impfstoffe gegen Covid-19 zu entwickeln und mit zwei dieser Impfstoffe ca. 95% der Bevölkerung über

2 Jahre zu impfen. Damit konnte die Covid-19 – Pandemie weitgehend bewältigt werden und hat der Regierung aus der Bevölkerung – aber auch aus dem Ausland, z. B. aus Italien – viel Respekt und hohe Achtung entgegenbracht. Und auch hier zeigte sich einmal mehr, womit die cubanische Regierung und Bevölkerung zu kämpfen hatten: Durch die US-Blockade verursacht, fehlten Millionen von Spritzen für die Impfungen. Doch weltweite Solidaritätsaktionen erbrachten Millionen von Spritzen und damit konnten die Impfungen durchgeführt werden.

Was Cuba zudem im Bereich Ökologie, Nachhaltigkeit, (konkret z.B. im weltweiten Kampf gegen die mit Plastik verschmutzten Ozeane), in der Bildung, aber auch hinsichtlich Gleichstellung der Frauen und mit dem neuen Familiengesetz - eines der progressivsten der Welt! - leistet, was zudem das revolutionäre Cuba mit einer der weltweit tiefsten Neugeborenen- und Säuglingssterblichkeitsrate (UNICEF) erreicht hat, ist tatsächlich beeindruckend und beispielhaft.

Das sind alles Leistungen, die auch eine Lebensqualität bedeuten und deshalb von einer grossen Bevölkerungsmehrheit anerkannt und respektiert werden. Aber nicht von «Echo der Zeit», resp. Frau Christina Scheidegger. Es fiel auf, wie suggestiv sie die Fragen stellte, sie wusste offensichtlich, was für eine Antwort sie wollte und auch bekam. Professionell war dies keinesfalls, suggestiv jedoch perfekt.

In einem weiteren Punkt entlarvt sich C. Scheidegger völlig, dass sie Cuba keineswegs kennt, sondern nur ihrem vorgefassten Bild folgt. Sie sagt: «Wenn so breite Teile der Bevölkerung.... darüber nachdenken, Kuba zu verlassen...» Weiss C. Scheidegger tatsächlich, was weite Teile der Bevölkerung denken? Oder woher nimmt sie die Unverschämtheit, so etwas zu sagen. Wann war sie das letzte Mal längere Zeit in Cuba, um zu solch einem Satz zu kommen? Wenn überhaupt?! Sie entlarvt sich, dass ihre suggestiven Fragen nur ein einseitiges Bild von Cuba bemühen. Wieso diese Einseitigkeit? Nicht im Geringsten bemüht sie sich um eine einigermaßen Objektivität. Kennt sie etwa den *Ojo del Ciclón*? Das *Teatro de los Elementos*? Das *Teatro Retazos*? Das *Centro cultural y comunitario Atrapa Sueños* oder *La Sala de la Diversidad*? Die studentische *Alma Mater*? Ich könnte noch unzählig viele weitere Orte aufzählen, doch es würde den Rahmen hier sprengen. Das sind alles Orte, wo sich viele unterschiedliche, teilweise vor allem junge Menschen an kreativen Orten treffen, um konstruktiv etwas zu realisieren, sich auszutauschen, sozial, kulturell, politisch. Orte, die es schon viele Jahre gibt und wo auch für die Zukunft etwas aufgebaut wird. Diese Orte kennen, von diesen Menschen wissen und sich mit ihnen

auszutauschen, heisst Cuba erst richtig kennen. Diese andere Seite, die überwiegende Mehrheit der cubanischen Bevölkerung, auch zu zeigen, würde bedeuten, die Situation des Landes objektiv und in seiner Vielfalt zu zeigen. Natürlich, auch diese Menschen sind mit der sehr schwierigen, multiplen Krisensituation des Landes konfrontiert, doch sie folgen nicht einfach den Lockrufen der Konsumtempel der USA oder Europas, die hier als das Paradies dargestellt werden.

Viele dieser Menschen sprechen in Gesprächen offen die vielen Schwierigkeiten und auch Kritikpunkte an der Regierung an. Einig sind sich alle darin, **dass die erwürgende US-Blockade endlich fallen muss!**

Leider ist diese Botschaft aus der cubanischen Bevölkerung bei «Echo der Zeit» nicht angekommen.

C. Scheideggers suggestive, einseitige und einengende Fragen entlarvt sie, Cuba nicht im Geringsten zu kennen und auch ihr Gesprächspartner gibt nur solche Informationen, die derzeit in den meisten westlichen grossen Medien opportun zu lesen oder zu hören sind. Damit, und da er so nur die cubanische Regierung für die Auswanderung verantwortlich macht, unterstützt er indirekt die Blockade.

Was ist das Ziel von «Echo der Zeit», mit einer solch einseitigen und damit teilweise falschen und somit manipulativen «Information» - oder eher Desinformation? - über Cubas sehr schwierige Situation zu berichten?

«Echo der Zeit» reiht sich damit in der Berichterstattung gegenüber Cuba in die Mainstream-Medien ein, die gerne ab und zu auf Cuba herumtrampeln, in der Meinung, es würde keinen Widerspruch geben. (So wie die NZZ am Sonntag vom 28. 2. 2021 mit einem Artikel «Kubanische Ärzte versklavt», der aber nach einer Beschwerde beim Schweizerischen Presserat (SPR) nach *Art.1 Wahrheit* vom SPR beanstandet wurde.)

Es würde «Echo der Zeit» gut anstehen, endlich auch einmal ausführlich über den Skandal der US-Blockade gegen Cuba zu berichten, oder den Missstand im eigenen Land zu benennen, wo die Schweizer Banken nicht nur willfährig alle Geldüberweisungen nach Cuba verweigern, sondern sogar Zahlungen innerhalb der Schweiz, wenn diese den Betreff «Kuba» haben. Dass dies – im Land des Roten Kreuzes! - auch humanitäre Zahlungen, z.B. in Bezug auf die Corona-Pandemie, einer aktuellen Medikamenten-Spendensammlung oder sogar Spendenhilfe für die Opfer des Saratoga-Unglücks betrifft, ist an Zynismus und Kaltblütigkeit kaum mehr zu überbieten.

Der Wirtschaftskrieg gegen Cuba muss endlich beendet werden!

Diese Brutalität dieser absoluten und diktatorischen Blockade, Tag für Tag seit über 60 Jahren unbarmherzig von Regierungen, Organisationen, Banken usw. aufs Neue demonstriert und trotz ihrer Völkerrechtswidrigkeit auch in der Schweiz angewendet - und wie es sich hier zeigt auch vom Institut Wissenschaft und Politik stillschweigend akzeptiert und damit unterstützt-, nimmt tatsächlich vielen jungen Cubaner*innen die Hoffnung, dass sich in absehbarer Zeit etwas zum Besseren ändert.

Auch dieses Jahr wird die UNO-Vollversammlung die US-Blockade mit überwältigender Mehrheit (2021: 184:2!) verurteilen und die USA auffordern, die Blockade sofort zu beenden. Welche der doch so demokratischen Länder Europas und Nordamerikas wird sich nach diesem demokratischen, weltumspannenden Entscheid richten?

Es wäre endlich an der Zeit, dass man hier über diese Wahrheit mit Nachdruck informiert und nicht weiter opportunistisch und völkerrechtswidrig auf Cuba herumtrampelt!

Da ich nicht davon ausgehen kann, dass «Echo der Zeit» diese Replik auf ihre Sendung in einer ihrer Ausstrahlungen berücksichtigen wird, werde ich sie als «Offenen Brief» so weit wie möglich verbreiten.

Gerne lasse ich mich aber überraschen, und würde eine Einladung von «Echo der Zeit» zu einem Gespräch in einer Sendung sicher dankend annehmen.

Vielen Dank für die Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

Gion Honegger
Zürich / La Habana
Solidarischer Aktivist
Cuba- und Lateinamerikaexperte